
3134/J-BR/2016

Eingelangt am 10.03.2016

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der BundesrätInnen Ewa Dziejic, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Gesundheit

betreffend psychische Gesundheit und Lebenswelten von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und inter* (LSBTI) Jugendlichen und jungen Erwachsenen

BEGRÜNDUNG

Die Lebensphase Jugend ist in erster Linie durch eine Vielfalt an Zugehörigkeiten, Identitäten und Orientierungen gekennzeichnet. In diesem Zeitraum durchlaufen Jugendliche verschiedene Entwicklungsstufen des Erwachsenwerdens. LSBTI Jugendliche stehen vor den gleichen Aufgaben wie alle Jugendlichen. Als spezielle Herausforderung kommt allerdings noch der Coming-out Prozess als Lesbe, Schwuler, Trans* oder die Entdeckung der eigenen Inter*geschlechtlichkeit¹ hinzu. Junge LSBTI Personen werden häufig(er) Opfer verbaler und körperlicher Aggression in der Schule und nur wenige können sich auf die Unterstützung ihrer Familie und Freund_innen verlassen. Viele Expert_innen, die mit jungen Menschen arbeiten, haben nur geringe, bis gar keine, Kenntnisse über die Situation junger LSBTI Personen und die Risikofaktoren, denen sie ausgesetzt sind, wenn sie sich „outen“. Besonders im ländlichen Raum scheint die Situation für LSBTI Jugendliche und junge Erwachsene aussichtslos, und es besteht ein vielfach erhöhtes Suizidrisiko im Vergleich zu heterosexuellen Jugendlichen.

Das BM Gesundheit hat eine Kinder- und Jugendgesundheitsstrategie erarbeitet und Massnahmen entwickelt. Themenfeld 3 befasst sich mit der Gesunden Entwicklung und beinhaltet folgende Ziedefinitionen:

¹ Inter*geschlechtlichkeit: Ein Themenbereich zu dem wir kaum - bis keine- Daten und Fakten in Österreich haben. Aktuell gibt es eine Datenerhebung der Europäischen Grundrechteagentur, die zu einem ähnlichen Befund in Europa kommt: „The fundamental rights situation of intersex people“
<http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2015-focus-04-intersex.pdf>

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

- Ziel 5 Lebenskompetenz von Kindern und Jugendlichen stärken
- Ziel 6 Bildung als zentraler Einflussfaktor auf Gesundheit positiv nutzen

Es ist der Bildungsauftrag des Staates, angemessene Informationen über Lebensentwürfe außerhalb heteronormativer Vorstellungen zur Verfügung zu stellen und mit Aufklärung zu sexueller Vielfalt und Geschlechtsidentität zur Sichtbarkeit von alternativen Lebensformen beizutragen. In Österreich gibt es keine belastbaren Daten und Fakten zur Lebenssituation und Diskriminierungserfahrungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und inter* (LSBTI) Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Die unterfertigenden BundesrätInnen stellen daher folgende

ANFRAGE

1. Aus welchen Quellen bzw. Studien gewinnt die Bundesministerin ihre Informationen zur psychischen Gesundheit und Lebenssituation von LSBTI Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Österreich, und wie beurteilt die Bundesministerin die Informationslage?
2. Ist der Bundesministerin die vom deutschen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Studie „Coming-out – und dann..?! Ein DJI-Forschungsprojekt zur Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans* Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ bekannt?
3. Plant die Bundesministerin Grundlagenforschung zur psychischen Gesundheit von LSBTI Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Österreich in Auftrag zu geben?
 - a) Wenn ja, wann und mit welchem Schwerpunkt?
4. Auch der Bericht der Liga Kinder und Jugendgesundheit aus dem Jahr 2015² fordert eine Stärkung der beziehungs- und gesundheitsorientierten Bildungsarbeit. Plant die Bundesministerin präventive Massnahmen für LSBTI Jugendliche und junge Erwachsene, um das erhöhte Suizidrisiko zu bekämpfen?
 - a) Wenn ja, in welcher Form?
 - b) Wenn nein, warum nicht?

2 http://www.kinderjugendgesundheit.at/uploads/Liga_Bericht_2015_web.pdf, s 23

5. Welche Unterstützungsangebote, die gezielt für LSBTI Jugendliche und junge Erwachsenen konzipiert wurden, gibt es nach Kenntnis der Bundesministerin bundesweit?
 - a) Welche werden aus Bundesmitteln (mit-)finanziert?

6. Plant die Bundesministerin, diese Unterstützung auszuweiten?
 - a) Wenn ja, wann und in welcher Form?
 - b) Wenn nein, warum nicht?